

## **Staatliche Subventionen für Privatschulen: Politiken der Privatschulfinanzierung in Australien und der Schweiz**

**Rita Nikolai**

### **Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:**

Nikolai, Rita. 2019. "Staatliche Subventionen für Privatschulen: Politiken der Privatschulfinanzierung in Australien und der Schweiz." *Swiss Journal of Educational Research* 41 (3): 559–75. <https://doi.org/10.24452/sjer.41.3.1>.

### **Nutzungsbedingungen / Terms of use:**

**CC BY 4.0**



**Rita Nikolai**, Humboldt-Universität zu Berlin

*Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht die Politiken der Privatschulfinanzierung in Australien und der Schweiz. Aus Perspektive des Historischen Institutionalismus wird basierend auf Primärquellen und Sekundärliteratur analysiert, welche Rolle politische Parteien, Lehrkräfteverbände und andere Interessenverbände sowie ihre Strategien für die Subventionierung von Privatschulen haben. Während in Australien seit Dekaden ein subventionierungsfreundliches Klima in der Schulpolitik herrscht und der Privatschulsektor dank hoher staatlicher Subventionen expandieren konnte, kennzeichnet die Schweizer Schulpolitik eine starke Zurückhaltung in der Subventionierung von Privatschulen.*

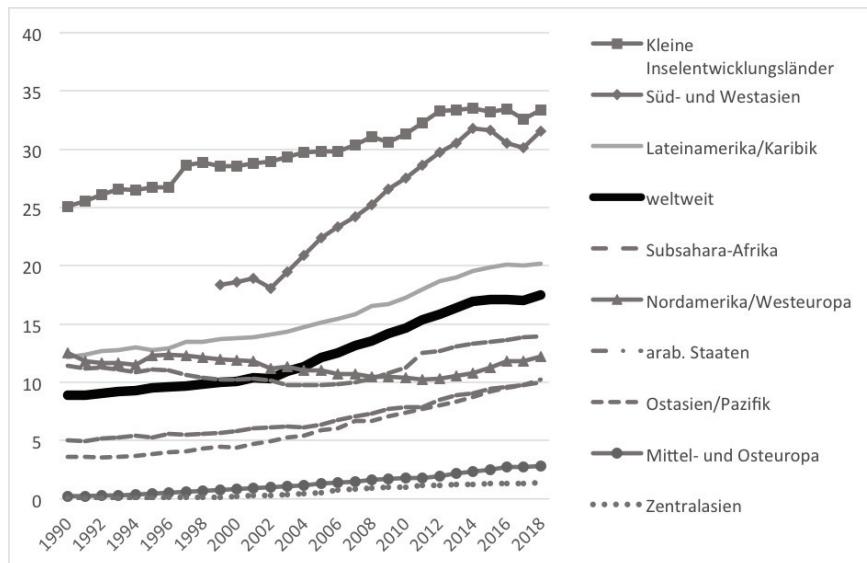
### **Weltweite Expansion des Privatschulbesuchs und die Relevanz staatlicher Subventionen**

Im internationalen Vergleich expandiert der Privatschulbesuch (Verger, Fontdevila & Zancajo, 2016; Koinzer, Nikolai & Waldow, 2017). So hat der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die eine Privatschule besuchen, in den letzten drei Dekaden deutlich zugenommen. Eine Expansion ist dabei vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern festzustellen. Doch auch in einzelnen OECD-Staaten ist ein Ausbau des Privatschulsektors zu beobachten (Organisation for Economic Co-operation and Development [OECD], 2019; United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization [UNESCO], 2019). Weltweit hat der Anteil von Kindern an privaten Grundschulen um 8 Prozentpunkte von 9% (1990) auf 18% (2018) zugenommen (siehe Abb. 1). Im Sekundarschulbereich war der Anteil von Schülerinnen und Schülern an privaten Schulen 2018 sogar noch höher (27%) (UNESCO, 2019). Im Privatschulbereich expandieren vor allem die Privatschulen, für die die Staaten beträchtliche Subventionen leisten und die mehr als 50% ihrer Kosten subventioniert bekommen. Zum Teil werden im Falle von Vertragsschulen (*charter schools* genannt) die Kosten für Lehrkräfte und operative

Ausgaben sogar zu 100% vom Staat übernommen (Nikolai, in Druck).

Warum Eltern sich für einen Privatschulbesuch entscheiden, kann unterschiedliche Gründe haben. So können ein besonderes pädagogisches oder religiöses Profil einer Privatschule Wahl motive sein. Auch kann eine Rolle spielen, dass Eltern häufig glauben, dass Privatschulen eine bessere Schulbildung<sup>1</sup> und/oder eine bessere Passung zwischen dem eigenen elterlichen Milieu und den an einer Privatschule vermittelten Werten versprechen würden. Ebenso kann die soziale Distinktion, also die bewusste Abgrenzung von bestimmten speziellen Gruppen, ein Wahl motiv sein. Schließlich sind pragmatische Gründe zu nennen, wenn etwa im ländlichen Raum die letzte öffentliche Schule geschlossen wurde und im Wohnumfeld der Familie die nächste erreichbare Schule nur noch eine Privatschule ist (zu möglichen Motiven vgl. Helbig, Konrad & Nikolai, 2019; Mayer, 2019; Schwarz, Habeck, Gruehn & Koinzer, 2018; Stirner, Hoffmann, Mayer & Koinzer, 2019).

Abbildung 1: Anteil von Schülerinnen und Schülern in Privatschulen im



### Primarbereich nach Länderregionen, 1990-2018

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten der UNESCO (2019).

Ob Eltern jedoch ihre Wahlentscheidungen umsetzen können, hängt wiederum davon ab, ob ein Privatschulbesuch bezahlbar ist. Insbesondere für Eltern aus der Mittelschicht oder unteren sozialen Schichten kann die Höhe des Schulgeldes ein wichtiger Entscheidungsfaktor sein. Die Bezahlbarkeit eines Privatschulbesuchs wird erneut dadurch beeinflusst, ob Privatschulen staatliche Subven-

tionen erhalten. Denn erst mit diesen ist es Privatschulen möglich, die Höhe von Schulgeldern gering zu halten oder sogar keine Schulgelder zu verlangen (Helbig, Nikolai & Wräse, 2017). Staatliche Subventionen erlauben es häufig erst, dass sich neue Privatschulen gründen können, wenn diese insbesondere von weniger finanzstarken Trägern unterhalten werden (z.B. von Freikirchen, Religionsgemeinschaften, Elterninitiativen, nichtkonfessionellen Stiftungen etc.) (Nikolai, Wräse, Kann & Criblez, 2018). Der Beitrag argumentiert, dass abseits von elterlichen Wahlmotiven gerade in der staatlichen Subventionierung ein entscheidender Faktor liegen kann, der eine Expansion des Privatschulbereichs erst möglich macht.

Die staatliche Subventionierung von Privatschulen wird wiederum von schulpolitischen Entscheidungsprozessen beeinflusst. Denn die Höhe staatlicher Subventionen wird zumeist in Schulgesetzen festgelegt, die von Parlamenten beschlossen und an deren Entscheidungen die in die Parlamente gewählten politischen Parteien beteiligt sind. In ihrer Entscheidungsfindung werden Parteien durch die Interessen und das Lobbying von Lehrkräfteverbänden und anderen Interessenvertretungen beeinflusst.

Wie und warum sich die genannten Akteure mit ihren jeweiligen Interessen in Entscheidungsprozessen über die staatliche Finanzierung von Privatschulen durchsetzen können, ist Thema des vorliegenden Beitrags. Für die Analyse der Subventionierung von Privatschulen werden die Entscheidungsprozesse zweier Länder untersucht: Australien und die Schweiz. Beide Länder sind föderalstaatlich geprägt und Schulpolitik gehört zu den Kompetenzbereichen der Bundesstaaten (in Australien) bzw. der Kantone (in der Schweiz). Beide Länder eint dabei eine ähnliche Ausgangssituation. Bis in die 1970er Jahre hinein war der Bund in beiden Ländern nicht an der Subventionierung von Privatschulen beteiligt. Jedoch haben beide Länder seither unterschiedliche Pfade eingeschlagen. In den 1970er Jahren hatte der Bund in Australien begonnen, Privatschulen zu subventionieren und mittlerweile erhalten die australischen Privatschulen den Großteil ihrer staatlichen Subventionen vom Bund und nicht von den Bundesstaaten (Forsey, Proctor & Stacey, 2017). In der Schweiz ist dagegen der Bund bis heute nicht an der Finanzierung beteiligt und die Kantone zeichnen sich zudem durch eine zurückhaltende Subventionierung von Privatschulen aus (Nikolai et al., 2018). Die unterschiedlichen Subventionierungen von Privatschulen haben dabei zu einer unterschiedlichen Expansion des Privatschulbesuchs in beiden Ländern geführt. Denn die Subventionierung durch den Bund ermöglichte in Australien die Gründung vieler neuer Privatschulen, die zunehmend von Eltern als Alternative zum öffentlichen Schulsystem gewählt wurden (Forsey et al., 2017). So besuchten 2017 im Grundschulbereich 30% der Schülerinnen und Schüler eine Privatschule, im Sekundarschulbereich betrug die Quote sogar 41%. Durch die zurückhaltende Subventionierung von Privatschulen in den Schweizer Kantonen ist eine Expansion des Privatschulbesuchs dagegen bislang ausgeblieben. Schweizweit wurden private Grundschulen 2017 von 6% der

Schülerinnen und Schüler besucht – eine im internationalen Vergleich niedrige Quote. Im Sekundarschulbereich betrug die Quote 12% (UNESCO, 2019).

Um diese unterschiedlichen Pfade zu analysieren, verfolgt der Beitrag folgende Forschungsfrage: *Warum erhalten die Privatschulen in Australien vom Bund hohe staatliche Subventionen, während in der Schweiz der Bund nicht an der Privatschulsubventionierung beteiligt ist und auch die Kantone sich zumeist zurückhalten?*

Um die Rolle und Strategien von schulpolitischen Akteuren in der Subventionierung von Privatschulen untersuchen zu können, erfolgt die Analyse aus Perspektive des Historischen Institutionalismus (vgl. hierzu Mahoney, 2000; Pierson, 2000) mit dem die Wechselwirkungen zwischen Machtkonstellationen und Akteursstrategien erfasst werden können (zur Anwendung auf Schulpolitik vgl. Edelstein, 2016 und Nikolai, 2019). Die Analyse basiert auf primären Quellen (darunter Parlamentsdokumente, Erklärungen von Parteien, Lehrkräftevertretungen und Privatschulverbänden, Presseberichterstattungen) und Sekundärliteratur, die mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) ausgewertet wurden. Der Vergleich der Finanzierungspolitiken von Privatschulen in Australien und der Schweiz erfolgt entlang folgender Dimensionen: Stellung und Positionen der politischen Parteien, der Lehrkräfteverbände und anderen Interessenvertretungen.

Im nächsten Abschnitt wird zunächst die theoretische Perspektive erläutert. Anschließend erfolgt die Analyse der Bestimmungsfaktoren der Privatschulfinanzierung in Australien und der Schweiz. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und einem Forschungsausblick.

### **Akteurskonstellationen und Machtpositionen: Die Perspektive des Historischen Institutionalismus**

Der historische Institutionalismus ist eine geeignete Forschungsperspektive, um Politiken der Privatschulfinanzierung zu analysieren. Denn mithilfe dieser Perspektive können kritische Weichenstellungen, die Rolle von Akteuren sowie deren Strategien untersucht werden. Dem Historischen Institutionalismus zufolge prägen Pfadabhängigkeiten die Entwicklung von Institutionen, da Akteure dazu neigen an einmal etablierten institutionellen Konfigurationen festzuhalten (Mahoney, 2000; Pierson, 2004; zur Anwendung auf Schulpolitik vgl. Edelstein, 2016 und Nikolai, 2019). Ausschlaggebend sind dabei etwa Investitionen in ein institutionelles Gefüge etwa durch Investitionen in Schulgebäude, in eine staatliche Lehramtsausbildung oder Verwaltungsroutinen in Ministerien. Um Institutionen herum können selbst neue Akteure entstehen, die sich für den Erhalt einer Institution einsetzen. Hierzu gehören z.B. die im 19. und 20. Jahrhundert in vielen Ländern um das öffentliche Schulsystem herum entstandenen Lehrkräfteverbände (Moe & Wiborg, 2017). Lehrkräfteverbände

haben zumeist ein Interesse am Erhalt von Schulen in staatlicher Trägerschaft, da sie in einem öffentlichen Schulsystem die Interessen ihrer Mitglieder in Gehaltssteigerungen und sozialstaatliche Absicherung (darunter Arbeitsplatzsicherheit, Rente und Gesundheitsversorgung) zumeist besser durchsetzen können. Ihre Durchsetzungskraft hängt dabei entscheidend von ihrer Machtposition und Geschlossenheit ab (Dobbins & Nikolai, 2019; Moe & Wiborg, 2017).

Während zum Einfluss von Lehrkräfteverbänden auf schulpolitische Entscheidungsprozesse im internationalen Vergleich mittlerweile ein breiterer Forschungsstand vorliegt (vgl. als Übersicht Moe & Wiborg, 2017), sind Forschungen zum Einfluss anderer Interessenvertretungen in der Schulpolitik zumeist rar (zu Elternverbänden vgl. Nesyba, 2019). Bezogen auf das Feld der Privatschulfinanzierung könnten Elternverbände und Interessenvertretungen von Privatschulen eine Rolle spielen. Bei Elternverbänden ist zu vermuten, dass diese ein Interesse an der Subventionierung von Privatschulen haben, da niedrige Schulgebühren einen Privatschulbesuch für viele Eltern erst möglich machen und dadurch die Wahlmöglichkeiten zwischen öffentlichen und privaten Schulen gestärkt werden. Ebenso für die Vertretung von Privatschulen wird es auf deren Machtposition und Geschlossenheit ankommen. Zur Privatschullobby und deren Einfluss auf Privatschulfinanzierungen in schulpolitischen Entscheidungsprozessen liegen ebenso bislang noch keine Forschungen vor. Jedoch ist zu vermuten, dass die jeweilige Stärke der christlichen Konfessionen einen Unterschied machen könnten. Ansell und Lindvall (2013) weisen darauf hin, dass katholisch geprägte Länder hohe Privatschulquoten haben und die katholische Kirche z.B. in Ländern wie Belgien, Frankreich, Italien, Portugal und Spanien eine hohe staatliche Subventionierung ihrer Privatschulen durchsetzen konnte. In protestantisch geprägten Staaten (insbesondere in skandinavischen Staaten mit einem lutherischen Protestantismus) ist der Anteil von Privatschulen dagegen zumeist gering (Ansell & Lindvall, 2013; Busemeyer & Nikolai, 2010).

Bei parlamentarischen Entscheidungen über die Subventionierung von Privatschulen in Schulgesetzen dürfte die politische Macht von Parteien des linken wie rechten Parteispektrums einen Unterschied machen. Parteien des linken Spektrums (darunter sozialdemokratische Parteien) sind häufig zurückhaltend in der Subventionierung von Privatschulen, während Parteien des rechten Spektrums (darunter konservative, liberale und christdemokratische Parteien) sich zumeist für deren Subventionierung einsetzen (Zehavi, 2012, 2013).

Anhand der skizzierten Einflussmöglichkeiten von schulpolitischen Akteuren in der Subventionierung von Privatschulen erfolgt der Vergleich zu Australien und der Schweiz entlang folgender Dimensionen: Stellung und Positionen der politischen Parteien, der Lehrkräftevertretungen, Elternverbände und der Interessenorganisationen von Privatschulen. Neben der Regulierung und Kontrolle von Privatschulen ist gerade das Ausmaß der Finanzierung durch den Staat ein häufiger Zankapfel in der Privatschulpolitik in Australien und in der Schweiz. In beiden Ländern wurde über die Finanzierung von Privatschulen häufig und heftig debattiert, wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen.

## Politiken der Privatschulfinanzierung in Australien und der Schweiz

### Australien

Die australische Schulstatistik unterscheidet zwischen a) staatlichen (*government schools*), b) katholischen (*catholic schools*) und c) unabhängigen Schulen (*independent schools*). Das australische Schulsystem ist ein Gesamtschulsystem mit Grundschulen (Stufe 1-6) und Sekundarschulen (Stufe 7-12). Katholische und unabhängige Schulen zählen zum Privatschulsektor (sog. *non-government sector*) und werden unterschiedlich stark durch staatliche Subventionen und Elternbeiträge finanziert. Katholische Schulen erhielten in den Jahren 2012/13 72% ihrer Finanzierung aus staatlichen Quellen (Bund und Bundesstaaten), 28% stammen aus privaten Quellen (darunter Elternbeiträge). Die unabhängigen Schulen finanzierten sich im Vergleich dagegen nur zu 45% aus staatlichen und zu 55% aus privaten Quellen (Forsey et al., 2017). Trotz der unterschiedlichen Höhe an staatlichen Subventionen für katholische und unabhängige Schulen ist der Bund der Hauptfinanzierer staatlicher Subventionen. Während der Bund 76% beträgt, sind die Bundesstaaten und Territorien nur zu 24% an der Subventionierung von Privatschulen beteiligt (Zahlen für 2016/17, Independent Schools Councils of Australia [ISCA], 2019). Die Mehrheit der unabhängigen Schulen sind protestantische Schulen, es gibt daneben aber ebenso Privatschulen jüdischer und islamischer Prägung wie auch Schulen mit besonderer pädagogischer Ausrichtung (z.B. Steiner, Montessori). Die Privatschulen in Australien müssen wie die öffentlichen Schulen das nationale Curriculum einhalten (*Australian Curriculum, Assessment and Reporting Authority*). Sie sind ebenso verpflichtet an nationalen Schülerleistungstest teilzunehmen (*National Assessment Program – Literacy and Numeracy* (NAPLAN)) und müssen der Website *My School* Daten über ihren Schulbetrieb und ihre Schülerzusammensetzung liefern (siehe <https://www.myschool.edu.au/>). Für Australien ist festzuhalten, dass das Land sehr städtisch geprägt ist. Die australischen Wüsten, die rund ein Fünftel des Kontinents ausmachen, sind größtenteils unbewohnt. Privatschulen sind daher vor allem in den größeren Städten Australiens zu finden.

An den australischen Schulen verteilten sich die Anteile von Schülerinnen und Schülern 2018 folgendermaßen: 66% besuchten eine staatliche, 20% eine katholische und 14% eine unabhängige Schule (ISCA, 2019). Privatschulen werden in Australien überdurchschnittlich häufig von Schülerinnen und Schülern aus höheren sozialen Schichten besucht (Kenway, 2013). Im Vergleich zu 1970 ist ein beträchtlicher Zuwachs im Privatschulbesuch festzustellen: Denn zu diesem Zeitpunkt besuchten rund 22% der Schülerinnen und Schüler eine private Schule (4% an unabhängigen und 18% an katholischen Schulen), 2018 betrug der Anteil an privaten Grund- und Sekundarschulen zusammen 34% (ISCA, 2019). Die im internationalen Vergleich hohe staatliche Subventionierung von Privatschulen ermöglichten diesen häufig eher moderate bis niedrige Schulge-

bühren zu verlangen. Damit wurde für viele australische Eltern ein Privatschulbesuch finanziell erschwinglich. Dabei zeigt sich, dass in den 1960er und 1970er Jahren in Australien entscheidende Weichenstellungen in der Finanzierung von Privatschulen vorgenommen wurden.

1964 schaltete sich der Bund in Australien in die Subventionierung von Privatschulen ein. Erstmals erhielten Privatschulen vom Bund staatliche Subventionen unter der damals regierenden Koalition der beiden konservativen Parteien (*Liberal Party (LP)*<sup>2</sup>/*Country Party*<sup>3</sup>, Amtszeit 1964-1972) (Zehavi, 2013; Wilkinson, Caldwell, Selleck, Harris & Dettman, 2006). Die LP, die sich jahrzehntelang gegen deren staatliche Subventionierung ausgesprochen hatte, erhoffte sich mit der Gewährung von Subventionen Wählerstimmen bei der katholischen Wahlbevölkerung zu gewinnen, die bis dahin zumeist die *Australian Labor Party (ALP)* unterstützte (Zehavi, 2013). Der Wettbewerb um Wählerstimmen und die Konkurrenz zwischen konservativen Parteien und der ALP machten die Subventionierung von Privatschulen durch den Bund möglich.

In den 1960er Jahren schickten katholische Eltern ihre Kinder v.a. auf private katholische Schulen, diese erlebten jedoch in den 1960er Jahren massive finanzielle Einbußen und das private katholische Schulwesen stand vor dem finanziellen Kollaps. Der Beginn der Subventionierung sicherte ihnen jedoch das Fortbestehen. Wenn auch die Subventionen des Bundes anfangs noch sehr gering waren und zunächst nur für naturwissenschaftliche Programme gezahlt wurden, wurde damit nach Forsey et al. (2017) eine Entwicklung in Gang gesetzt, die das Privatschulwesen in Australien stabilisierte und es expandieren ließ. In der Folge führten zahlreiche Bundesstaaten ebenfalls eine Subventionierung von Privatschulen ein (Zehavi, 2013). Die ALP, die 1972 zum ersten Mal auf Bundesebene gewann, erhöhte die staatlichen Subventionen und erhoffte sich - ähnlich wie die LP - bei der katholischen Wahlbevölkerung damit punkten zu können.

Die LP wie die ALP wurden in den 1960er und 1970er Jahren zudem durch eine breite Front von Interessengruppen unter Druck gesetzt. Sowohl die Interessenvertretung der katholischen Kirche (*National Catholic Education Commission*) als auch die Elternvertretung des *Australian Parents Council* (1960 gegründet) setzten sich im Bund sowie in den Bundesstaaten und Territorien in zahlreichen Kampagnen für die Subventionierung von Privatschulen ein. Gegen deren Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit konnten sich die Unterstützerinnen und Unterstützer des öffentlichen Schulsystems nicht durchsetzen. So waren sowohl die Lobby-Vereinigung des *Australian Council for the Defence of Government Schools* (gegründet 1966) und die Lehrkräftevertretungen wenig erfolgreich, Eltern, Lehrkräfte und Schulpolitikerinnen und -politiker in ihrem Kampf gegen die Subventionierung von Privatschulen einzubinden. Die Interessenvertretung der Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen litt zudem daran, dass diese noch in vielen Vertretungen aufgeteilt war (darunter *ACT Teachers' Federation*, *Northern Territory Teachers Federation*, *South Australian Institute of Teachers* und die *Australian Teachers' Federation*) (Spaul, 2001). Erst 1984 erfolgte

ein Zusammenschluss dieser Vereinigungen zur *Australian Teachers Union* (seit 1993 *Australian Education Union* (AEU)). Aufgrund ihrer Zersplitterung und dadurch mangelnde Durchsetzungsfähigkeit konnten die australischen Lehrkräfteverbände in den 1970er und 1980er Jahren die Subventionierung von Privatschulen nicht verhindern. Vor allem bei der ALP, die in den 1970er Jahren eine beträchtliche Erhöhung der Privatschulsubventionierung vornahm, konnte diese Allianz ihre Positionen nicht durchsetzen. Anders als in Neuseeland, wo die ebenfalls in den 1970er Jahren regierende *Labour Party* eine Integration der katholischen Privatschulen in das öffentliche Schulsystem durchsetzen konnte (Nikolai, in Druck), entschied sich die ALP für den Ausbau der öffentlichen Subventionen für Privatschulen. Im Gegensatz zur LP, die mit der Erhöhung der Subventionen die Schulwahl der Eltern stärken wollte, erhoffte sich ALP, dass mit den Subventionen die Handlungsmacht des Staates gestärkt werden könnte und es damit dem Bund leichter fallen würde, sozioökonomische Ungleichheiten in den Schulsystemen der Bundesstaaten abzubauen (Sherington & Hughes, 2015). Die ALP lehnte Subventionen an Privatschulen somit nicht ab, sondern setzte sich für eine faire Verteilung der Bundessubventionen an öffentlichen und privaten Schulen ein (vgl. Debatte im House of Representatives [HoR], 1964).

Die ALP verlor bei den Wahlen auf Bundesebene 1975 und die liberal-konservative Regierungskoalition setzte im Bund durch, dass Privatschulen höhere Subventionen vom Bund erhielten als öffentliche Schulen (Forsey et al. 2017; Zehavi, 2013). Diese Ungleichheit in der Finanzierung zwischen Bund und Bundesstaaten existiert bis heute: Während die öffentlichen Schulen 2016/17 nur 15% durch den Bund und 81% von den Bundesstaaten sowie Territorien für ihre Finanzierung erhielten<sup>4</sup>, bekamen insbesondere die katholischen Schulen mehr als die Hälfte ihres Budgets als Subventionen vom Bund.<sup>5</sup> Nach ihrer Rückkehr in die Bundesregierung versuchte die ALP (1983-1996) in den 1980er Jahren über stagnierende Subventionen die Gründung neuer Privatschulen zu verlangsamen, jedoch erhöhte die liberal-konservative Regierungskoalition (1996-2007) wieder die Subventionen. Die Regierungskoalition argumentierte v.a. damit, dass die Subventionen eine Schulwahl von Eltern ermöglichen würden. Mit der weiteren Erhöhung der Subventionen forcierte die Regierungskoalition die Expansion des Privatschulsektors (Forsey et al., 2017). Denn die staatlichen Subventionen ermöglichen katholischen und unabhängigen Privatschulen ihre Schulgelder zumeist gering zu halten und sie wurden damit für Eltern aus niedrigen bzw. mittleren Sozialschichten attraktiv (Zehavi, 2013). Die Ausweitung der Subventionen hatte zudem zur Folge, dass v.a. der Sektor der unabhängigen Privatschulen expandierte und es zu einer beträchtlichen Diversität der Anbieter kam. Zwar haben 84% der unabhängigen Schulen eine christliche Zugehörigkeit, aber die Bandbreite umfasst mittlerweile auch jüdische und islamische Trägerschaften sowie andere Religionsgemeinschaften (ISCA, 2019). Ebenso nutzten verschiedene Stämme der Aborigines die Subventionierungsmöglichkeiten, um eigene Schulen zu gründen (sog. *indigenous*

*schools*). Der beträchtliche Zuwachs bei den Privatschulen bescherte den Interessenvertretungen der katholischen und der unabhängigen Privatschulen eine mächtvolle Position, so dass die LP und die ALP kaum mehr Versuche seit den 1980er Jahren unternahmen, um die Subventionen an Privatschulen zu reduzieren (Zehavi, 2013). Auch wenn die katholische Kirche in Australien in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich einen Mitgliederschwund zu verzeichnen hat, gehören ihre Vertretungen der katholischen Privatschulen auf Ebene des Bundes sowie der Bundesstaaten und Territorien zu meinungs- und durchsetzungsstarken Akteuren (Forsey et al., 2017).

Um die Finanzierung der Schulen wird in Australien bis heute vehement gestritten und sie ist nach Forsey et al. als eine «poisonous debate» (Forsey et al., 2017, S. 49) zu charakterisieren. Die von einer ALP-Regierung im Bund initiierte Evaluation der Schulfinanzierung sprach sich im Gonski-Report 2011 für die Erhöhung der Bildungsausgaben und eine bedarfsgerechte Finanzierung von Schulen aus (gekoppelt an den sog. *Schooling Resource Standard*) (Australian Government, 2011). Die Ungleichheiten in der Finanzierung sollten vermindert und die Schulfinanzierung an Testergebnisse von NAPLAN geknüpft werden. Nachdem die LP 2013 die Wahlen gewann und seither die Regierung in Australien auf Bundesebene stellt, wurde 2017 der Turnball-Plan angekündigt (Australian Government, 2017), der die ungleiche Finanzierung von öffentlichen und privaten Schulen manifestierte. So wird festgeschrieben, dass die öffentlichen Schulen in Zukunft nur zu 20% und die privaten Schulen zu 80% über den Bund finanziert werden sollen. Da die konservative Koalitionsregierung erneut 2019 im Bund die Wahlen gewann, wird an der ungleichen Subventionierung von öffentlichen und privaten Schulen durch den Bund in Australien weiter festgehalten.

### Schweiz

In der Schweizer Schulstatistik wird zwischen a) öffentlichen und b) privaten Schulen unterschieden. Die privaten Schulen wiederum gliedern sich in subventionierte (50% oder mehr öffentliche Finanzierung) und nicht-subventionierte Privatschulen (weniger als 50% öffentliche Finanzierung). Subventionierte Privatschulen machen in der Schweizer Schullandschaft nur einen geringen Anteil aus. So besuchten in der Schweiz im Schuljahr 2017/18 nur 0,3% der Schülerinnen und Schüler eine subventionierte Privatschule im Primarbereich (Stufe 3-8) und 1% im unteren Sekundarbereich. Die Anteile von Kindern und Jugendlichen an den nichtsubventionierten Privatschulen war wesentlich höher: 4% (Primarstufe 3-8) und 6% (Sekundarbereich I) (Bundesamt für Statistik [BFS], 2019). Im Schweizer Schulsystem besuchen die Schülerinnen und Schüler nach der gemeinsamen sechsjährigen Grundschule (im Kanton Tessin fünf Jahre) verschiedene Sekundarschulformen, die je nach Kanton auch drei- oder viergliedrige Modelle umfassen (Criblez, 2017). Wie in Australien sind Privatschulen in der Schweiz vor allem in den Städten zu finden. Dementsprechend

hoch sind die Anteile von Privatschülerinnen und -schülern in Kantonen mit einer hohen Bevölkerungsdichte wie Genf, Zürich oder Basel. In den ländlich geprägten Kantonen ist der Anteil von Privatschulen sehr gering bzw. gibt es zum Teil gar keine Privatschulen (z.B. Appenzell-Innerrhoden, Nidwalden und Uri) (BFS, 2018). Verlässliche Daten zur Trägerschaft von Privatschulen fehlen bislang (Nikolai et al., 2018). Im Vergleich zu Australien ist die Subventionierung von Privatschulen in der Schweiz als zurückhaltend zu charakterisieren. Schoch spricht sogar davon, dass die Schweizer Privatschulen «stiefmütterlich behandelt» (Schoch, 2009, S. 54) werden.

Wie in Australien gibt es eine Unterrichtspflicht, jedoch keine Schulpflicht, und häuslicher Unterricht ist erlaubt. Im Gegensatz zu Australien, wo der Bund an der Finanzierung von Privatschulen beteiligt ist, liegt in der Schweiz die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen allein bei den Kantonen und das Privatschulwesen wird zum Teil unterschiedlich geregelt. Privatschulen sind in der Schweiz bewilligungspflichtig und sie unterstehen der Aufsicht des Staates. Eine Bewilligung wird erteilt, wenn Bildungsziele, Lehrplan, Qualifikation der Lehrkräfte sowie Räumlichkeiten den an die öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen entsprechen (Nikolai et al., 2018).

Im Gegensatz zu Australien fallen die Subventionen für Privatschulen in der Schweiz deutlich geringer aus und zum Teil erhalten Privatschulen keine Subventionen in manchen Kantonen. Auch wenn in der Schweiz in den letzten Jahren gerade in städtisch-geprägten Kantonen der Privatschulbesuch zugenommen hat, ist die Schweiz nach wie vor durch eine «privatschulkritische[...] Schulpolitik» (Nikolai et al., 2018, S. 296) charakterisiert. Die Akzeptanz der staatlich organisierten Schule ist nach wie vor hoch, obgleich angesichts der Harmonisierungsbemühungen in den letzten Jahren die öffentliche Kritik am staatlichen Schulsystem zugenommen hat (Criblez, 2016a). Anders als im Berufsbildungsbereich oder in der Hochschulpolitik, wo der Bund finanziell beteiligt ist, ist der Bund bislang bei der Finanzierung von Privatschulen außen vor. So werden die Schweizer Volksschulen als «Teil der regionalen Kultur» verstanden und die alleinige Kompetenz der Kantone für die Volksschulen kommt einem «Bekenntnis zur kulturellen Vielfalt» gleich (Criblez & Manz, 2011, S. 112). Wie hoch die Akzeptanz der öffentlichen Schulen ist, zeigen nicht zuletzt die zahlreichen Ablehnungen von Initiativen zur Einführung der freien Schulwahl. Das Instrument der Direktdemokratie (Criblez, 2011) wird in der Schweiz zwar häufig von Privatschul- und Elternverbänden als Mittel für eine höhere Subventionierung genutzt, doch konnten sich deren Vorhaben bislang nicht beim Schweizer Stimmvolk durchsetzen.

Die Gesetzesinitiative «Für eine freie Schulwahl» im Kanton Bern 1982 wollte eine finanzielle Gleichstellung von Eltern erreichen, deren Kinder private Schulen im Primar- und Sekundarschulbereich besuchen (Criblez, 2016b). So sollten Eltern einkommensabhängige Zuschüsse bei einem Privatschulbesuch erhalten. Die Erziehungsdirektion des Kanton Bern befürchtete, dass bei der

Annahme der Initiative, vermehrt Eltern eine Privatschule für ihre Kinder wählen würden (Erziehungsdirektion des Kantons Bern, 1982). Zudem wurde gewarnt, dass «[e]ine staatliche Finanzierung ... zudem das Gründen von Privatschulen mit extremen Tendenzen erleichtern und einer neuen Standes- und Gruppenbildung Vorschub» leisten würde (ebd., S. 3). Ähnlich argumentierte das Parlament des Kanton Bern und lehnte die Initiative ab (Erziehungsdirektion des Kantons Bern, 1982).

Seit 2002 setzt sich der Verein *Elternlobby Schweiz* für die Stärkung der Schulwahl ein und spricht sich dafür aus, dass durch eine Pro-Kind-Pauschale der Besuch einer Privatschule ohne finanzielle Hürden möglich sein soll (Herzog, 2013; Elternlobby Schweiz, n. d.). 2006 reichte der Verein sowohl in Basel-Land als auch in Thurgau Initiativen zu Änderungen der Kantonsverfassungen ein, um Eltern durch eine Gleichstellung der Finanzierung von öffentlichen und privaten Schulen, den Besuch von Privatschulen zu ermöglichen. Beide Initiativen wurden jedoch sowohl von den Kantonsregierungen und den Parlamenten abgelehnt und in Volksabstimmungen (2008 in Basel-Land; 2010 in Thurgau) wurden die Initiativen mit jeweils rund 80% an Nein-Stimmen zurückgewiesen (Herzog, 2013). In der Schweiz sind Elemente der direkten Demokratie sehr ausgeprägt und das Stimmvolk kann in den Kantonen über die Subventionierung von Privatschulen mitentscheiden (Ciblez, 2011). Ebenso scheiterten weitere Initiativen des Vereins in Basel-Stadt und St. Gallen. Im Kanton Zürich wurde im Kantonsrat die von der Elternlobby initiierte Volksinitiative «Ja! Für eine freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse» als ein «Frontalangriff auf die Volksschule» abgelehnt (Zürcher Kantonsrat, 2012, S. 2660). Zudem sei die Volksschule «eine zentrale Institution für den gesellschaftlichen Zusammenhalt» und eine freie Schulwahl würde die öffentliche Volksschule schwächen und zu einer Zweiklassengesellschaft führen (Zürcher Kantonsrat, 2012, S. 2649, 2660). Im Gegensatz zu Australien gibt es in den Schweizer Kantonen keinen überparteilichen Konsens zur Subventionierung von Privatschulen und die meisten Parteien sowohl auf dem linken wie rechten Parteispektrum lehnen eine zu generöse Subventionierung zumeist ab.

Über fast das gesamte Parteispektrum hinweg gilt die öffentliche Volksschule als Erfolgsmodell, die es zu verteidigen gilt (z.B. Steiner, 2018; Zürcher Kantonsrat, 2012) und in einigen Kantonen wie etwa Basel-Land oder Zug wurden die Zuschüsse an Eltern, deren Kinder Privatschulen besuchen, nach Volksabstimmungen gekürzt (Basel-Land, 2017; Luzerner Zeitung [LZ], 2018, Januar). Obgleich Lehrkräfteverbände in der Schweiz nicht zu denen im internationalen Vergleich einflussreichen Interessenvertretungen gehören (Moe & Wiborg, 2017), sind Verbände wie der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer zu den Verteidigern eines öffentlichen Schulsystems zu zählen (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer [LCH], 2008). Die Vorstöße des Elternvereins leiden zudem darunter, dass eine breite Unterstützung seitens der Privatschulverbände (z.B. Verband Schweizerischer Privatschulen, Katho-

lische Schulen Schweiz, Verband der Rudolf Steiner Schulen Schweiz, Vereinigung Freie Schulen der Schweiz) bislang ausblieb.

Zudem haben in den letzten Jahren einige Kantone versucht, den Privatschulbesuch einzudämmen. So erschwerten etwa die Kantone Zürich 2011 und Bern 2014 in den Kantonen sesshaften schulpflichtigen Kindern den Besuch von *International Schools* (Der Bund, 2017, Juni; Neue Zürcher Zeitung [NZZ], 2011, Oktober, 2015, Mai). Im Kanton Zürich versuchte die damalige Regierungsrätin und Vorsteherin der Bildungsdirektion, Regine Aeppli (Regierungszeit 2003-15), damit auf den anhaltenden Boom von Anmeldungen an den *International Schools* zu reagieren. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass ansonsten der kantonale Lehrplan ausgehöhlt würde, da *International Schools* diesem nicht unterliegen (NZZ, 2011, Oktober). Seit den 2010er Jahren stagniert in der Schweiz die Anzahl von *International Schools*, da Unternehmen zunehmend die Beiträge für Schulgelder ihrer international tätigen Fachkräfte gestrichen haben. Einige *International Schools* mussten sogar aufgrund zurückgehenden Schüleranmeldungen ihren Betrieb in den letzten Jahren einstellen (NZZ, 2015, Mai; Tagblatt, 2017, Januar).

Diese zahlreichen Beispiele zeigen, dass in der Schweiz Abstimmungen zur freien Schulwahl bislang keinen Erfolg hatten und die öffentliche Volksschule in der Öffentlichkeit und bei vielen schulpolitischen Akteuren ein hohes Ansehen hat. Zudem erschweren in den meisten Kantonen zurückhaltende Subventionierungspolitiken die Gründung als auch die Aufrechterhaltung von Privatschulen. In vielen Kantonen wurde in den letzten Jahren zudem versucht, die Expansion des Privatschulsektors durch verschärfte Regelungen zu den *International Schools* und Kürzung der Zuschüsse einzuschränken. Anders als etwa in Deutschland gibt es kein in der Verfassung verbrieftes Recht der Privatschulfreiheit, aus der sich eine Subventionierung rechtlich einklagen lassen würde (Nikolai et al., 2018). In der Schweiz wird die Mehrheit der Privatschulen kaum finanziell unterstützt, so dass eine Expansion von Privatschulen wie in Australien bislang ausblieb.

## Fazit

Während in Australien Privatschulen expandieren, ist für die Schweizer Schullandschaft nach den Expansionsjahren in den 2000er Jahren eine stagnierende Entwicklung von Privatschulen zu beobachten. Der Beitrag hat hierbei gezeigt, dass die Subventionierungspolitik von Privatschulen eine wichtige Rahmenbedingung für die Entwicklung von Privatschulen darstellt. Dabei verweist der Vergleich von Australien mit der Schweiz darauf hin, dass Australien eine privatschulfreundliche Finanzierungspolitik hat. Dagegen stehen den Schweizer Privatschulen eine zurückhaltende bzw. in manchen Kantonen sogar eine privatschulkritische Finanzierungspolitik gegenüber. Der Beitrag hat hierzu die Rolle von politischen Parteien und Interessenverbänden untersucht. In Australien

sind sowohl Parteien des linken wie rechten Spektrums offen gegenüber einer Subventionierung von Privatschulen. In der Schweiz dagegen ist eine Privatschulskepsis bei fast allen Parteien im Bund und Kantonen festzustellen und das Bekenntnis zum öffentlichen Volksschulwesen ist hoch. Die Interessenlandschaft der Schweizer Privatschulverbände vermag es dabei bislang nicht, eine höhere Subventionierung von Privatschulen durchzusetzen. Dagegen gelang es in Australien den Lobby-Gruppen für öffentliche Schulen und den Lehrkräfteverbänden nicht, eine breite Protestfront von Eltern, Lehrkräften und Mitgliedern in der ALP zu organisieren und die Subventionierung von Privatschulen einzudämmen. Im Gegensatz zu Australien gehört die Privatschulfinanzierung in der Schweiz zu den kantonalen Aufgaben und es gibt keine Bestrebungen, den Bund in die Finanzierung von Privatschulen einzubinden. Der Pfad der generösen Privatschulfinanzierung hat in Australien eine beträchtliche Expansion des Privatschulsektors bewirkt. In der Schweiz ist eine solche Expansion aufgrund der zurückhaltenden Subventionierungspolitik ausgeblieben.

Der Beitrag hat gezeigt, dass die Perspektive des Historischen Institutionalismus eine hilfreiche theoretische Perspektive bietet, um im schulpolitischen Feld der Finanzierung von Privatschulen die Bedeutung von politischen Parteien, Interessenvertretungen von Lehrkräften und Privatschulen sowie deren Strategien untersuchen können. Dabei sollte die Finanzierungspolitik zukünftig in anderen Ländern vergleichend untersucht werden und analysiert werden, welche Auswirkungen diese auf die Transformation von Schulsystemen und möglichen Ungleichheiten zwischen öffentlichen und privaten Schulen hat.

### Anmerkungen

Der Beitrag ist entstanden im Rahmen eines Heisenberg-Stipendiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft [Fördernummer: NI 1371/4-1].

- 1 Hinsichtlich kognitiver Kompetenzen weisen Studien darauf hin, dass es keine Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Schulen gibt, wenn die soziale Herkunft der Schüler\*innen kontrolliert wird (zu Deutschland vgl. Klemm, Hoffmann, Maaz & Stanat, 2018).
- 2 Die *Liberal Party* ist vergleichbar zur britischen *Conservative Party* (Forsey et al., 2017).
- 3 Die *Country Party* nannte sich 1975 um in *National Party of Australia*.
- 4 Die restlichen 4% der Kosten wurden durch Eltern finanziert (ISCA, 2019).
- 5 Die *independent schools* erhielten 2016/17 34% vom Bund sowie 11% von Bundesstaaten und Territorien; zu 55% finanzieren sie sich aus Elternbeiträgen (ISCA, 2019).

### Referenzen

- Ansell, B. W. & Lindvall, J. (2013). The political origins of primary education systems. *American Political Science Review*, 107(3), 505-522.
- Australian Government. (2011). *Review of funding for schooling*. Canberra: Department of Education, Employment and Workplace Relations.
- Australian Government. (2017). True needs-based funding for Australia's schools. Pressemitteilung vom 2.05.2017. Zugriff am 6.12.2019 unter [https://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/download/media/pressrel/5248964/upload\\_binary/5248964.pdf;fileType=application%20Fpdf#search=%22media/pressrel/5248964%22](https://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/download/media/pressrel/5248964/upload_binary/5248964.pdf;fileType=application%20Fpdf#search=%22media/pressrel/5248964%22)

- Basel-Land. (2017). Regierungsrat verabschiedet die Verordnung zur Härtefallklausel für Beiträge zum Privatschulbesuch. Zugriff am 6.12.2019 unter <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/regierungsrat/medienmitteilungen/der-regierungsrat-verabschiedet-die-verordnung-zur-haertefallklausel-fuer-beitraege-zum-privatschulbesuch#der-regierungsrat-verabschiedet-die-verordnung-zur-haertefallklausel-fuer-beitraege-zum-privatschulbesuchBFS>. (2018). Bildungsinstitutionen. Ausgabe 2018. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Zugriff am 6.12.2019 unter <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/regierungsrat/medienmitteilungen/der-regierungsrat-verabschiedet-die-verordnung-zur-haertefallklausel-fuer-beitraege-zum-privatschulbesuch#der-regierungsrat-verabschiedet-die-verordnung-zur-haertefallklausel-fuer-beitraege-zum-privatschulbesuch>
- BFS. (2019). Schüler/innen der obligatorischen Schule nach Charakter der Schule, 1999/00-2017/18. Zur Verfügung gestellte Daten. Neuchâtel: BFS.
- Busemeyer, M. R. & Nikolai, R. (2010). Education. In H. Obinger, C. Pierson, F. G. Castles, S. Leibfried & J. Lewis (Hrsg.), *Oxford handbook of comparative welfare states* (S. 494-508). Oxford: Oxford University Press.
- Criblez, L. (2011). Vox populi - zur Herausforderung der Bildungspolitik durch die halbdirekte Demokratie. *Zeitschrift für Pädagogik*, 57(4), 471-483.
- Criblez, L. (2016a). Que sont censés apprendre les élèves an Suisse. *Revue internationale d'éducation Sèvres*, 73, 119-128.
- Criblez, L. (2016b). Die Transformation der Staatlichkeit in der Schweiz 1960-1990 aus bildungshistorischer Perspektive. In L. Criblez, C. Rothen & T. Ruoss (Hrsg.), *Staatlichkeit in der Schweiz. Regieren und Verwalten vor der neoliberalen Wende* (S. 385-401). Zürich: Chronos.
- Criblez, L. (2017). Schweiz. In W. Hörner, H. Döbert, L. R. Reuter & B. von Kopp (Hrsg.), *Die Bildungssysteme Europas* (S. 669-696). Schneider Verlag Hohengehren: Baltmannsweiler.
- Criblez, L. & Manz, K. (2011). Harmonisierung der Volksschule. In L. Criblez, B. Müller & J. Oelkers (Hrsg.), *Die Volksschule zwischen Innovationdruck und Reformkritik* (S. 111-123). Zürich: Verlage Neue Zürcher Zeitung.
- Der Bund. (2017). Von wegen Privatschule als Boomgeschäft. Der Bund vom 23.06.2017. Zugriff am 6.12.2019 unter <https://www.verbund.ch/zuerich/region/das-harte-geschaeft-mit-privatschulen/story/24045046>
- Dobbins, M. & Nikolai, R. (2019). Der Einfluss von Lehrkräfteverbänden in der Steuerung von Schulsystemen. *Zeitschrift für Pädagogik*, 65(4), 564-583.
- Edelstein, B. (2016). Stabilität und Wandel der Schulstruktur aus neoinstitutionalistischer Perspektive. In N. Berkemeyer, B. Hermstein & V. Manitius (Hrsg.), *Institutioneller Wandel im Bildungsbereich - Reform ohne Kritik?* (S. 47-70). Münster: Waxmann.
- Elternlobby Schweiz. (n. d.). Umsetzung der freien Schulwahl. am 19.02.2019 Zugriff am 6.12.2019 unter <http://www.elternlobby.ch/wp-content/uploads/2016/09/Umsetzung-praktisch.pdf>
- Erziehungsdirektion des Kantons Bern. (1982). Vortrag der Erziehungsdirektion an den Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates betreffend die Gesetzesinitiative «Für eine freie Schulwahl». Bern 15.11.1982.
- Forsey, M., Proctor, H. & Stacey, M. (2017). A most poisonous debate. In T. Koinzer, R. Nikolai & F. Waldow (Hrsg.), *Private schools and school choice in compulsory education* (S. 49-66). Wiesbaden: Springer VS.
- Helbig, M., Konrad, M. & Nikolai, R. (2019). Entwicklung der Schulinfrastruktur in Ostdeutschland und die Rolle privater Schulen. In D. Fickermann & H. Weishaupt (Hrsg.), *Bildungsforschung mit Daten der amtlichen Statistik. DDS - Die Deutsche Schule, Beiheft 14* (S. 105-120). Münster: Waxmann.

- Helbig, M., Nikolai, R. & Wräse, M. (2017). Privatschulen und soziale Frage. *Leviathan*, 45(3), 357-380.
- Herzog, W. (2013). Aussichten der freien Schulwahl. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 16(3), 579-597.
- HoR, House of Representatives. (1964). *Parliamentary debates No. 20, 14.5.1964, 25. Wahlperiode*. Canberra: Commonwealth of Australia.
- ISCA. (2019). Snapshot 2019. The independent school sector. Zugriff am 6.12.2019 unter <https://isca.edu.au/publications/snapshot-2019/>
- Kenway, J. (2013). Challenging inequality in Australian schools. *Discourse*, 34(2), 286-308.
- Klemm, K., Hoffmann, L., Maaz, K. & Stanat, P. (2018). *Privatschulen in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Koinzer, T., Nikolai, R. & Waldow, F. (Hrsg.) (2017). *Private schools and school choice in compulsory education*. Wiesbaden: Springer VS.
- LCH. (2008, 11. Januar). Freie Schulwahl bringt mehr Schaden als Nutzen. *Bildung Schweiz*, 153(5), 14-15.
- Luzerner Zeitung. (2018). BILDUNG: Privatschulen. Zugriff am 6.12.2019 unter <https://www.luzernerzeitung.ch/zentralschweiz/zug/bildung-privatschulen-das-wachstum-ist-gebremst-ld.103006>
- Mahoney, J. (2000). Path dependence in historical sociology. *Theory and society*, 29(4), 507-548.
- Mayer, T. (2019). «Und dann geht natürlich nur der Weg zur Privatschule» - Individuelle Schulwahlprozesse und Einzelschulwahl an privaten Grundschulen. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 22(2), 389-410.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse* [12. Auflage]. Weinheim/Basel: Beltz.
- Moe, T. & Wiborg, S. (Hrsg.) (2017). *The comparative politics of education*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nesyba, T. (2019). *Schulpolitische Interessenkonflikte im Kontext der inklusiven Schule*. Berlin: Eingereichte Dissertationsschrift an der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Nikolai, R. (2019). After the German reunification. *History of Education*, 48(3), 374-394.
- Nikolai, R. (in Druck). Vertragsschulpolitiken in England und Neuseeland. *Zeitschrift für Pädagogik*, 66(2).
- Nikolai, R., Wräse, M., Kann, C. & Criblez, L. (2018). Wirkungen von Bildungsregulierung im Vergleich. *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 38(2), 272-303.
- NZZ. (2011, 12. Oktober). Die Bildungsdirektion geht gegen internationale Schulen vor. Zugriff am 6.12.2019 unter [https://www.nzz.ch/die\\_bildungsdirektion\\_geht\\_gegen\\_internationale\\_schulen\\_vor-1.12949168](https://www.nzz.ch/die_bildungsdirektion_geht_gegen_internationale_schulen_vor-1.12949168)
- NZZ. (2015, 28. Mai). International School Winterthur muss schliessen. Zugriff am 25.02.2019 unter <https://www.nzz.ch/zuerich/international-school-winterthur-muss-schliessen-1.18550387>
- OECD. (2019). Education Online Database. Zugriff am 06.12.2019 unter [https://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=EAG\\_ENRL\\_SHARE\\_INST#](https://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=EAG_ENRL_SHARE_INST#)
- Pierson, P. (2000). Increasing returns, path dependence, and the study of politics. *American Political Science Review*, 94(2), 251-267.
- Schoch, J. (2009). Schulen in privater Trägerschaft in der Schweiz. In F. Brückel & U. Schönberger (Hrsg.), *Querblick* (S. 47-83). Zürich: Verlag Pestalozzianum.
- Schwarz, J., Habeck, C., Gruehn, S. & Koinzer, T. (2018). «Welche Schule passt zu meinem Kind?». *Zeitschrift für Pädagogik*, 64(5), 612-634.
- Sherington, G. & Hughes, J. P. (2015). 'Money made us'. In H. Proctor, P. Brownlee & P. Freebody (Hrsg.), *Controversies in education* (S. 157-173). Cham et al.: Springer.
- Spaull, A. D. (2001). The Australian teachers' federation (1921-1991). *Critical Studies in Education*, 42(1), 93-109.

- Steiner, S. (2018). Die öffentliche Schule ist ein Erfolgsmodell. Neue Zürcher Zeitung vom 21.08.2018, S. 10.
- Stirner, P., Hoffmann, L., Mayer, T. & Koinzer, T. (2019). Eine gemeinsame Grundschule für alle? *Zeitschrift für Grundschulforschung*, 12(2), 439-455.
- Tagblatt. (2017, 20. Januar). ST.GALLEN: Zu wenig Schüler. Zugriff am 6.12.2019 unter <https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen-gossau-rorschach/stgallen-zu-wenig-schueler-international-school-stgallen-schliesst-ihre-tore-ld.377164>
- UNESCO. (2019). Distribution of enrolment by type of institution. Zugriff am 06.12.2019 unter <http://data UIS.unesco.org/index.aspx?queryid=142#>
- Verger, A., Fontdevila, C. & Zancajo, A. (2016). *The privatization of education*. Amsterdam: Teachers College Press.
- Wilkinson, I. R., Caldwell, B. J., Selleck, R. J. W., Harris, J. & Dettman, P. (2006). *A history of state aid to non-government schools in Australia*. Canberra: Department of Education, Science and Training.
- Zehavi, A. (2012). Welfare State politics in privatization of delivery. *Comparative Political Studies*, 45(2), 194-219.
- Zehavi, A. (2013). Veto players, path dependency, and reform of public aid policy toward private schools. *Comparative Politics*, 44(3), 311-330.
- Zürcher Kantonsrat. (2012). Beschluss des Kantonsrates über die kantonale Volksinitiative «JA! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse!». Protokoll des Zürcher Kantonsrats, 40. Sitzung am 6.2.2012, S. 2647-2674.

**Schlagworte:** Australien, Schweiz, Privatschulen, öffentliche Subventionen, Schulpolitik

## **Subventions publiques aux écoles privées: les politiques de financement en Australie et en Suisse**

### **Résumé**

L'article examine les politiques de financement des écoles privées en Australie et en Suisse. Il analyse, du point de vue de l'institutionnalisme historique et sur la base de l'étude de sources primaires et de la littérature secondaire, le rôle des partis politiques, des syndicats des enseignantes et enseignants et autres groupes d'intérêts ainsi que leurs stratégies pour subventionner les écoles privées. Alors que l'Australie jouit depuis des décennies d'un climat favorable aux subventions dans ses politiques scolaires et que le secteur privé a pu se développer grâce à des subventions élevées, la politique scolaire suisse fait preuve de beaucoup de retenue dans ses subventions aux écoles privées.

**Mots clés:** Australie, Suisse, écoles privée, subventions publiques, politique scolaire

## Sovvenzioni pubbliche alle scuole private: le politiche di finanziamento in Australia e Svizzera

### Riassunto

L'articolo esamina le politiche di finanziamento delle scuole private in Australia e in Svizzera. Dal punto di vista dell'istituzionalismo storico e sulla base di fonti primarie e della letteratura secondaria, viene analizzato il ruolo dei partiti politici, dei sindacati di insegnanti e di altri gruppi di interesse e delle rispettive strategie di sovvenzione rivolte alle scuole private. Mentre l'Australia, nelle sue politiche scolastiche, ha goduto per decenni di un clima favorevole alle sovvenzioni permettendo al settore privato di espandersi, la politica scolastica svizzera si dimostra restrittiva nelle sovvenzioni alle scuole private.

**Parole chiave:** Australia, Svizzera, scuole private, sovvenzioni pubbliche, politica scolastica

## Public subsidies for private schools: The politics of financing private schools in Australia and Switzerland

### Abstract

The article analyses the politics of subsidies for private schools in Australia and Switzerland. Based on the analyses of primary and secondary sources, this article adopts a historical-institutionalist perspective for examining the role of political parties, teacher unions and other interest groups as well as their strategies in subsidizing private schools. In Australia, private schools have gained a broad support of the different political camps since the 1970s and due to generous public subsidies private schools could expand. In contrast, Swiss school politics is characterized by considerable reluctance towards subsidizing private schools.

**Keywords:** Australia, Switzerland, private schools, public subsidies, school politics

**Rita Nikolai** ist seit April 2017 Heisenberg-Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Zuvor war sie Juniorprofessorin für Systembezogene Schulforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Bildungs- und Sozialpolitik, Privatschulen im internationalen Vergleich, Bildungsungleichheiten, Schulsystemforschung und Theorien institutionellen Wandels.

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Erziehungswissenschaften, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin

E-Mail: rita.nikolai@hu-berlin.de